

Pressemitteilung

Bundesregierung verzögert Start des „Paktes für den Rechtsstaat“

Zwickau, 31.08.2018

Angesichts der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz und weiterer damit im Zusammenhang stehender schwerer Straftaten findet es der rechtspolitische Sprecher der Freien Demokraten im Bundestag und ehemalige sächsische Justizminister, Dr. Jürgen Martens, besonders verstörend, dass die Bundesregierung selbst den Start des sog. „Paktes für den Rechtsstaat“ erneut verzögert.

Nachdem die Regierungskoalition den bereits im Juni geplanten Start der Gespräche mit den Ländern über die Schaffung von bis zu 2000 neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte angesichts des Koalitionsstreits über die Flüchtlingspolitik verschoben hatte, soll nach Informationen der Neuen Juristischen Wochenschrift (NJW) dieser Tagesordnungspunkt auch auf der nächsten Zusammenkunft des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den Chefs der Staatskanzleien der Länder gestrichen worden sein, weil das zuständige Bundesjustizministerium die notwendige Zuarbeit nicht rechtzeitig geleistet habe.

Die Bundesjustizministerin hatte bereits in ihrer Rede zum Bundeshaushalt 2018 im Frühjahr eine „umfassende Qualitätsoffensive“ in der Justiz angekündigt.

Dr. Jürgen Martens meint: „Offenbar war meine damals in der Aussprache des Bundestages geäußerte Skepsis und Kritik berechtigt. Der deutsche Rechtsstaat braucht mehr denn je eine leistungsfähige Justiz.“